

**3831/J XXI.GP**

---

**Eingelangt am: 03.05.2002**

**Anfrage**

Der Abgeordneten DDr. Erwin Niederwieser und GenossInnen  
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit  
betreffend "Verhandlungen zum Dienstleistungsabkommen GATS"

Nachdem im November 1999 die WTO-Verhandlungen in Seattle gescheitert sind, wurde bei der letzten WTO-Verhandlungsrunde (November 2001) in Doha/Katar beschlossen, das Thema "Dienstleistungen" im Rahmen des GATS (General Agreement on Trade in Services) in eine neue Verhandlungsrunde einzubeziehen, die bis zum 1. Januar 2005 abzuschließen sei. Im Zuge der umfassenden Revision des GATS sind alle WTO-Mitglieder aufgefordert, bis Ende 30. Juni 2002 konkrete länderbezogene Liberalisierungs- bzw. Deregulierungsforderungen ("requests") im Bereich der Dienstleistungen inklusive der öffentlichen Dienstleistungen zu formulieren und bis Ende März 2003 eigene Angebote ("offers") vorzulegen.

Die vom GATS-Abkommen berührten Schwerpunkte liegen in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere der Bildung, Forschung und des Gesundheitswesens, der internationalen Finanzdienstleistungen und der Telekommunikation. Das GATS ist durch die mangelnde Abgrenzung des Dienstleistungsbegriffs und die zunehmende Verbindung von Dienstleistungserbringung bei den materiellen/immateriellen Vorleistungen für die Produktion, bei der Herstellung und Verteilung von Waren und Gütern im Prinzip auf fast alle ökonomischen Aktivitäten anwendbar. Kein Sektor, auch nicht im "sensiblen" Bereich (Bildung, Gesundheit und Wasser), ist nach derzeitigem Stand vom Liberalisierungs- bzw. Deregulierungsanspruch des GATS ausgeschlossen. Selbst die prinzipielle Liberalisierungsausnahme für Dienstleistungen, die in staatlicher Zuständigkeit erbracht werden, gilt nur dann, wenn diese Dienstleistungen weder zu gewerblichen Zwecken noch im Wettbewerb mit einem oder mehreren Erbringern erbracht wird. Entscheidend ist, ob bei einer Dienstleistung von einem Markt, d.h. eine Anbieterkonkurrenz, auszugehen ist und es ist umstritten, ob dieser Markt existieren oder nur potentiell vorhanden sein muss.

Die Verhandlungen befinden sich nun in der "Marktzugangphase", in der Staaten beginnen, Anträge an andere Mitgliedsstaaten zu stellen, vermehrt Teile ihrer Dienstleistungen gemäß GATS zu liberalisieren. Diese Bestrebungen stoßen aber - zumindest in Österreich - auf den Widerstand eines großen Teils der Bevölkerung: So brachte beispielsweise die ÖGB-Urabstimmung im Herbst letzten Jahres deutlich zum Ausdruck, dass die Arbeitnehmerinnen keinesfalls eine Liberalisierung unseres Sozialsystems wünschen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

**Anfrage:**

1. In welchem Stadium befinden sich die Vorarbeiten bzw. Verhandlungen zur Dienstleistungliberalisierung mit der Welthandelsorganisation WTO, genauer zur Abgabe der "requests bzw. offers" betreffend "Public Service" am 30.6.2002 bzw. 31.3.2003?

2. Wie sind die Abläufe für die weitere Verständigung in der EU? Wann werden die "offers", die Österreich bis zum 31.3.2003 vorzulegen hat, dem Nationalrat zum Beschluss vorgelegt, wenn der Zeitplan der Verhandlungen eingehalten wird?
3. Herr Minister Bartenstein, als Mitglied des EU-Wirtschaftsministerrates stimmen sie die Verhandlungsvorgaben mit der EU-Kommission ab. Im Bereich der Bildung, Ge-

sundheit und Soziales, kulturelle und audiovisuelle Dienstleistungen sowie Transportdienstleistungen gilt auch mit dem Vertrag von Nizza die Einstimmigkeit. Welche Vorgaben des Nationalrates sind für sie im EU-Wirtschaftsministerrat bindend?

4. Ist es für Sie denkbar, dass im Zuge der Reformdiskussion im EU-Konvent in Zukunft die EU-Kommission mit Vorgaben (qualifizierte Mehrheitsentscheidungen) des EU-Wirtschaftsministerrates Wirtschaftsabkommen mit Drittstaaten abschließt?
5. Ihr Vorgänger im Ministeramt, Dr. Hannes Farnleitner, antwortet in der Parlamentarischen Anfrage 6103/AB auf die Frage der Einbeziehung von sozialen Mindeststandards in der WTO auf Basis der ILO-Konventionen: "Im Vorbereitungsprozess für die 3. Ministerkonferenz in Seattle hat sich Österreich im EU-internen Koordinierungsverfahren nachdrücklich dafür eingesetzt, dass aufgrund der Bedeutung der Sozialstandards für eine nachhaltige Entwicklung deren Berücksichtigung im Rahmen der WTO verfolgt werden muss." Was ist das Ergebnis dieses Engagements? Setzen Sie sich auch engagiert für Sozialstandards ein wie Minister Farnleitner? Ist für Sie ein Abschluss einer weiteren Liberalisierungsrunde ohne die Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen, also der konkreten Ausformung eines Teils der Menschenrechte denkbar? Welche konkreten Schritte setzen Sie?
6. Gibt es Überlegungen seitens der österreichischen Regierung, das Parlament, die Sozialpartner und andere zivilgesellschaftliche Gruppen (NGO's...) in die Vorschlagserstellung einzubeziehen, sie zu informieren und eine breite Diskussion zu initiieren ?
7. Wie sehen - soweit schon bekannt - die konkreten "requests" der Mitglieder der Europäischen Union aus, d.h. welche horizontalen und sektoralen Marktöffnungsforderungen werden gegenüber welchen Drittstaaten erhoben?
8. Wie sehen - soweit schon bekannt - die konkreten "requests" der USA, Japans, Russlands, Chinas, Indiens und weiterer wichtiger Staaten aus? Welche horizontalen und sektoralen Marktöffnungsforderungen in welchen Bereichen werden gegenüber welchen Drittstaaten erhoben?
9. Welche Marktöffnungsangebote ("offers") plant die österreichische Regierung ihrerseits? Welche Dienstleistungsbereiche werden zur "Liberalisierung" angeboten? Welche Gründe sprechen dafür?
10. Welche konkreten "requests// offers" gibt es seitens der Mitgliedstaaten der EU für den Bereich **Bildungsdienstleistungen**, konkret für die Dienstleistungsuntergruppen Kindergarten, Grundschule, Schulbildung, Berufs- und Universitätsausbildung, Erwachsenenbildung und andere Bildungseinrichtungen? Wir ersuchen um eine Auflistung nach den vier Arten der Dienstleistungserbringung (Modes of Supply).
11. Welche konkreten "requests// offers" wird die österreichische Regierung im Bereich **Bildungsdienstleistungen** fordern bzw. anbieten, konkret für die Dienstleistungsuntergruppen Kindergarten, Grundschule, Schulbildung, Berufs- und Universitätsausbildung, Erwachsenenbildung und andere Bildungseinrichtungen? Wir ersuchen um eine Auflistung nach den vier Arten der Dienstleistungserbringung (Modes of Supply).
12. Wie bewertet das Ministerium die Tatsache, dass solche Forderungen nach einer Liberalisierung des Bildungssysteme bzw. der Bildungsdienstleistungen stark in den gewachsenen Bildungssektor eines anderen Staates eingreifen?

13. Wie beurteilen Sie die Kritik von Gewerkschaften, NGO 's und studentischen Organisationen, eine Einbeziehung von Bildungsdienstleistungen in den Geltungsbereich des GATS könnte die öffentliche Verantwortung für den Bildungsbereich untergraben und eine weitreichende Privatisierung des Bildungssystems zur Folge haben?
14. Welche Positionen vertreten Sie bei den Verhandlungen hinsichtlich der Liberalisierung im Bereich der **Gesundheitsdienstleistungen**, konkret der Krankenhausdienstleistungen, sonstiger Gesundheitsdienstleistungen, sozialer und anderer Dienstleistungen und der freiberuflichen Dienstleistungen, die im Gesundheitswesen erbracht werden? Wie begründen Sie diese Liberalisierungsmaßnahmen? Liegen Forderungen sowie Bedenken für den Bereich des Gesundheitswesens von anderen Ländern vor, wenn ja, welche?
15. Welche Positionen vertreten Sie bei den Verhandlungen hinsichtlich der Liberalisierung im Bereich **Telekommunikation** und wie begründen Sie diese? Liegen Forderungen sowie Bedenken für den Bereich der Telekommunikation von anderen Ländern vor, wenn ja, welche?
16. Welche Positionen vertreten Sie bei den Verhandlungen hinsichtlich der Liberalisierung im Bereich **Finanzdienstleistungen** und wie begründen Sie diese? Liegen Forderungen sowie Bedenken für den Bereich der Finanzdienstleistungen von anderen Ländern vor, wenn ja, welche?
17. Welche Positionen beziehen Sie hinsichtlich einer Einbeziehung der **Wasserversorgung** in den Geltungsbereich des GATS, und wie werden diese begründet? Teilen Sie die Bedenken der österreichischen Bevölkerung über einen "Ausverkauf der heimischen Wasservorräte, bzw. über eine Verschlechterung der Qualität und Kontrollmöglichkeiten kommunaler Wasserdienstleistungen im Rahmen des GATS?
18. Teilen Sie die in den Ergebnissen der ÖGB-Urabstimmung zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen, dass ein Zwang zur Liberalisierung der öffentlichen **Daseinsvorsorge** (besonders im Bereich der Pensionen) im Rahmen des GATS gravierende Verschlechterungen mit sich bringen würde?
19. Wie bewertet Sie die zahlreichen wissenschaftlich und empirisch begründeten Untersuchungen, denen zufolge die Privatisierung und Liberalisierung vormals öffentlicher Dienstleistungen z.B. im Bereich der Ver- und Entsorgung, sowie des öffentlichen Personennah- und Fernverkehrs negative Effekte für die Gesundheitsvorsorge, im präventiven Unfallschutz, der Versorgungssicherheit hatte und zudem mittel- und langfristig zu steigenden Preisen für den Privatverbraucher führte?
20. Das Europäische Parlament hat in einer Entschließung zur öffentlichen Daseinsvorsorge die EU-Kommission zur genauen und vergleichbaren **Bewertung der tatsächlichen Auswirkungen der Liberalisierung der Leistungen der Daseinsvorsorge** aufgefordert, bevor neue Liberalisierungsmaßnahmen eingeleitet werden. Wie stehen Sie zu dieser Evaluierungsforderung ein? Wurden diese Evaluierungsaufforderungen schon in die Wege geleitet? In welchen Bereichen wurde/wird evaluiert? Was sind die Ergebnisse?
21. In der Entschließung hat das Europäische Parlament die EU-Kommission zusätzlich aufgefordert, "im Rahmen der WTO Verhandlungen Klarstellungen bei einigen Bestimmungen des Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) verlan-

gen zu müssen, um deutlich zu machen, dass die WTO-Regeln das Recht der Mitgliedsstaaten, die Leistungen der Daseinsvorsorge zu reglementieren und in diesen Bereich einzugreifen, nicht beeinträchtigen." Welche Haltung haben Sie hinsichtlich dieser Forderungen? Welche Klarstellungen sind Ihrer Ansicht nach besonders notwendig, und warum?

22. Welche Liberalisierungswünsche bzw. Bedenken im Rahmen der GATS-Verhandlungen haben die österreichische Wirtschaft und ihre Interessenvertretungen (Wirtschaftskammer WK, Industriellenvereinigung IV) bisher gegenüber der Regierung bzw. gegenüber dem Wirtschaftsminister in horizontaler und sektoraler Hinsicht geäußert? Wie stehen Sie zu den allenfalls von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung angestrebten Liberalisierungswünschen?
23. Welche Bedenken bzw. Liberalisierungswünsche im Rahmen der GATS-Verhandlungen haben die österreichischen Arbeitnehmer und ihre Interessenvertretungen (Arbeiterkammer AK, ÖGB) bisher gegenüber der Regierung bzw. gegenüber dem Wirtschaftsminister in horizontaler und sektoraler Hinsicht geäußert? Wie stehen Sie zu diesen Positionen?